

CAP4GI-EINBLICKE 01/2024 – ARBEITSPAKET 1:
AUSTAUSCHPLATTFORMEN

WO DER SCHUH DRÜCKT: WAS HINDERT LANDWIRT*INNEN DARAN, MEHR MASSNAHMEN FÜR DEN ERHALT DER ARTENVIELFALT UMZUSETZEN?

DR. SARAH VELTEN,
ADELPHI RESEARCH GGBH

CAROLINA WACKERHAGEN,
CHRISTINE KEWES,
BODENSEE-STIFTUNG

DR. RONALD BRUDLER,
WILDTIERLAND HAINICH GGBH

BJÖRN PASEMANN,
DEUTSCHER NATURSCHUTZRING

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



FONA
Sozial-ökologische Forschung

adelphi
RESEARCH

Bodensee
Stiftung

UFZ HELMHOLTZ
Zentrum für Umweltforschung

iDiv

Universität
Rostock
Traditio et Innovatio



NATURA 2000-STATION
Unstrut-Hainich/Eichsfeld



WILDKATZENDORF
HÜTSCHERODA

DNR
DEUTSCHER
NATURSCHUTZRING

Viele Landwirt*innen zeigen eine große Bereitschaft, auf ihren Flächen mehr für den Erhalt der Artenvielfalt und den Schutz der Umwelt zu unternehmen. Wieso führt diese Bereitschaft aber nur teilweise dazu, dass auch tatsächlich mehr zielführende Maßnahmen umgesetzt werden? Und das, obwohl sie sogar finanziell gefördert werden? Wieso geht der Verlust von vormals typischen Arten der Agrarlandschaft wie Feldhamster, Rebhuhn, Hauhechel-Bläuling, Feldrittersporn und Co. dann ungebremst weiter?

Diesen und anderen Fragen geht „CAP4GI – GAP für vielfältige Landschaften“ in Arbeitspaket 1 auf den Grund - und fragt dabei die Landwirt*innen selbst.

Die CAP4GI-Austauschplattformen

Für das Projekt „CAP4GI – GAP für vielfältige Landschaften“ ist es besonders wichtig, die Erfahrungen und Sichtweisen von Landwirt*innen einzubeziehen. Ermöglicht wird dies vor allem durch unsere Austauschplattformen. Diese werden über die gesamte Projektlaufzeit in insgesamt sechs Regionen in Baden-Württemberg und Thüringen durchgeführt (siehe Karte). Ziel dieser Gesprächsrunden ist es, die Probleme der Landwirt*innen mit der Agrarumweltförderung und Möglichkeiten zu ihrer Verbesserung zu identifizieren, die es den Landwirt*innen zukünftig ermöglichen, mehr Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen auf den von ihnen bewirtschafteten Flächen umzusetzen.

Dabei gibt es zwei Besonderheiten: Zum einen gestalten die Teilnehmenden der Plattformen den Prozess von Anfang an grundlegend mit. Die zu Beginn eingeladenen Landwirt*innen bestimmen zum Beispiel, welche weiteren Teilnehmenden eingeladen werden sollen (z.B. aus Ministerien, Behörden, Verbänden, Vereinen) und an welcher Art von Lösungsvorschlag sie arbeiten möchten. Zum anderen verläuft der Prozess über zwei Ebenen: Neben den Plattformtreffen in den sechs Regionen („regionale Plattformen“) treffen sich Vertreter*innen der jeweils drei regionalen Plattformen in jedem Bundesland zusätzlich auf den sogenannten Landesplattformen.

Insgesamt läuft der Austauschprozess über drei Jahre, wobei sich jede Plattform einmal pro Jahr trifft. Durchgeführt werden die Plattformen in Baden-Württemberg von der Bodensee-Stiftung, in Thüringen von der Natura 2000-Station Unstrut-Hainich/ Eichsfeld in Trägerschaft der Wildtierland Hainich gGmbH.



Abbildung 1:

Karte der Projektregionen von „CAP4GI - GAP für vielfältige Landschaften“



Abbildung 2:

Mehrjähriger Blühstreifen im ersten Jahr - ein Beispiel für eine Umweltmaßnahme zur Förderung der Artenvielfalt / Bodensee-Stiftung

Wo liegen die Probleme?

Bei den ersten Plattformtreffen in den sechs Regionen diskutierten die Teilnehmenden, was Landwirt*innen daran hindert, mehr öffentlich geförderte Maßnahmen umzusetzen. Hier nannten die Landwirt*innen eine große Bandbreite an hinderlichen Aspekten. Aber welche der genannten Hemmnisse sind die relevantesten? Auch das diskutierten und bewerteten die Teilnehmenden – und kamen unabhängig voneinander über alle Regionen hinweg zu sehr ähnlichen Einschätzungen. Folgende Probleme wurden als besonders erschwerend eingeschätzt:

Unzureichende Vergütung



Landwirt*innen erhalten, vor allem im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU, öffentliche Gelder für die Umsetzung von Umweltmaßnahmen.

Die Fördersatzte werden allerdings als zu gering bewertet, um einen echten Anreiz zu bieten. Wenn Umweltmaßnahmen auf einer Fläche umgesetzt werden (z.B. ein Blühstreifen, Verzicht auf Pflanzenschutzmittel etc.), bedeutet das für den Betrieb häufig, dass auf dieser Fläche der Ertrag sinkt oder auch ganz auf die Produktion verzichtet wird. Da sich die Prämienhöhe aber lediglich an den entgangenen Erlösen orientiert, fehlt ein monetärer Anreiz, der sich im Einkommen der Landwirt*innen niederschlägt. Bei einer zu geringen Vergütung der Maßnahmen, lohnt sich der Mehraufwand für die Betriebe nicht.

Bürokratie, aufwendige Antragsverfahren und Dokumentationspflichten



Die Landwirt*innen erleben die Verfahren zur Beantragung der Förderung sowie die damit zusammenhängenden Dokumentationspflichten als überaus bürokratisch und aufwendig. Der damit verbundene zeitliche Mehraufwand ist für viele, insbesondere kleinere Betriebe schwer zu schaffen. Großbetriebe beschäftigen für diese Aufgabe sogar eigenes Personal.

Oft müssen Angaben auch in einem Detailgrad gemacht werden, der in der Landwirtschaft schwerlich praktikabel ist. Beispielsweise müssen Flächen, auf denen Maßnahmen umgesetzt werden sollen, teilweise auf den Quadratmeter genau angegeben und eingezeichnet werden. Landwirt*innen arbeiten jedoch in den Größenordnungen von Ar und Hektar, wo Abweichungen von wenigen Quadratmetern weder auf- noch ins Gewicht fallen. Kommt es allerdings bei der Umsetzung von Maßnahmen zu solchen eigentlich vernachlässigbaren, geringen Abweichungen, drohen den Landwirt*innen Sanktionen oder zumindest zusätzlicher Aufwand zur Klärung und Berichtigung.

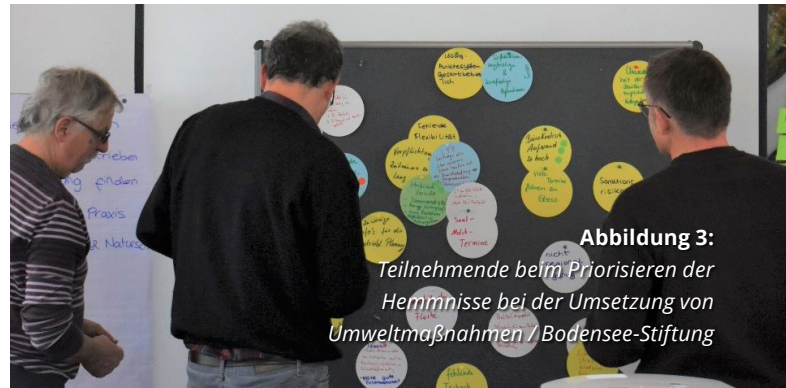


Abbildung 3:
Teilnehmende beim Priorisieren der Hemmnisse bei der Umsetzung von Umweltmaßnahmen / Bodensee-Stiftung

Komplexität und fehlende Flexibilität/Kontrollen und Sanktionen



Die Auflagen für die Maßnahmen sind komplex und enthalten oft feste Stichtage, bis zu oder ab denen bestimmte Tätigkeiten ausgeführt werden dürfen oder müssen. Hier gibt es also keine Flexibilität, um zum Beispiel auf ungünstige Witterungsbedingungen oder gar Extremwetterereignisse reagieren zu können – gerade angesichts des sich ändernden Klimas ein großes Problem.

Zudem gibt es vielfältige, schwer zu überblickende **Einschränkungen bei den Möglichkeiten, verschiedene Maßnahmen auf derselben Fläche zu kombinieren**. Aus Sorge, Fehler zu machen und am Ende Sanktionen entgegenzusehen, verzichten viele Betriebe daher gleich ganz darauf, entsprechende Maßnahmen umzusetzen.

Außerdem bemängelten die Teilnehmenden wiederholt, dass Kontrollen oft wenig sinnvoll durchgeführt werden. Oft resultieren Sanktionen aus kleineren Fehlern (wie geringe Abweichungen bei der für die Maßnahme eingeplanten Fläche) oder sogar aus Fehlern Dritter (Beispiel: Ein*e Nachbar*in pflügt versehentlich einen Blühstreifen unter). Für manche Maßnahmen müssen sich Betriebe auch für mehrere Jahre zur Durchführung verpflichten. Wenn hier im letzten Jahr eine Abweichung von den Auflagen festgestellt wird (z.B. wird der besagte Blühstreifen, der mehrere Jahre bestehen sollte, in seinem letzten Jahr versehentlich untergepflügt), kann die Förderung komplett gestrichen werden statt nur für den Zeitraum, in dem die Abweichung relevant wurde. Bei solchen Kontroll- und Sanktionspraktiken fühlen sich Landwirt*innen für kleinste Fehler als „Betrüger*innen“ verurteilt anstatt in ihren Bemühungen zum Natur- und Umweltschutz anerkannt und unterstützt zu werden. Außerdem merkten die Teilnehmenden allgemein an, dass die vielen Terminvorgaben zu Stress führen und Vorgaben und Kontrollen keinen Raum für eigene Ideen zur Verbesserung lassen.



Abbildung 4: Altgrasstreifen / Bodensee-Stiftung

Ist eine Verbesserung möglich?

Bei diesen „Hauptthemnissen“ der Umsetzung von mehr Umweltmaßnahmen auf den Betrieben handelt es sich vorrangig um Probleme, die durch bestehende Verwaltungsregeln verursacht sind. Das bedeutet, dass es tatsächlich ein großes Potenzial gibt, durch vereinfachte und flexiblere Vorgaben und Verwaltungsverfahren Hemmnisse bei der Umsetzung von biodiversitätsfördernden Maßnahmen abzubauen und so deren breitere Umsetzung zu fördern.

Genau hierauf zielt der Austauschprozess mit den Landwirt*innen und weiteren Akteuren ab: Nachdem nun die Hauptthemnisse herausgearbeitet wurden, werden die Teilnehmenden bei den folgenden Austauschtreffen konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Agrarumweltförderung entwickeln.

Eine detailliertere Darstellung des Austauschprozesses sowie der Hemmnisse bei der Umsetzung von Umweltmaßnahmen, die von den Landwirt*innen benannt wurden, findet sich im Bericht:



Hemmnisse bei der Umsetzung von Umweltmaßnahmen in der Landwirtschaft in Thüringen und Baden-Württemberg: Ergebnisse der Scoping-Interviews und ersten Austauschplattformtreffen im Rahmen des Projektes „CAP4GI - GAP für vielfältige Landschaften“

Kontakt: www.cap4gi.de | cap4gi@adelphi.de

